„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; in Berlin bei der Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; Filiale Friedrichstadt: Friedrichstraße 66; Filiale Königstadt: Königstraße 56/57; Filiale Louisenstadt: Leinigenstraße 41; bei allen Zeitungsspeditoren und Stadtpostämtern. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie dem illustrirten Wihblatt „ULK“, der feuilleton. Montags-Ausgabe „Reigen“ und „Technische Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Lesehalle“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ vierteljährlich 3 Mark 25 Pf., Ausland excl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin auch monatlich 1 M. 75 Pf. incl. Botenlohn, bei separater Zustellung des Abendblattes 2 M. pränumerando). — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstr. 66, Königstr. 56/57, Leinigenstr. 41 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 85. Berlin, Sonntag, den 16. Februar 1896. XXV. Jahrgang.

□ Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Der Schwerpunkt der europäischen Politik lag einen Augenblick lang fast ausschließlich im deutschen Reichstage. Nicht etwa wegen der Erklärung des Reichskanzlers über die Stellung des Reichs zum Bimetallismus, denn diese Frage erregt außerhalb der Kreise unserer silberfreundlichen Agrarier nur in verzweigten Koterien Englands, Amerikas und Frankreichs noch ein gewisses Interesse. Fürst Hohenlohe, der erschrickt die Silberwährungsleute nicht direkt vor den Kopf stoßen wollte, konnte ihnen indeß keine tröstlichen Erwägungen für die Zukunft machen. Allein er hatte das Glück, nicht alles rund heraus zu sagen, was er wußte, und diese diplomatische Zurückhaltung wurde ihm schlecht gedankt. Die deutschen Bimetallisten hatten sich nämlich auf Umwegen Kenntniß von dem Umstande verschafft, daß der deutsche Botschafter in London bei der englischen Regierung gar nicht wegen einer internationalen Silberkonferenz als Fragesteller aufgetreten war, sondern daß er sich darauf beschränkt hatte, Erkundigungen darüber einzuziehen, ob England in absehbarer Zeit geneigt wäre, die indischen Silbermünzprägestätten wieder zu eröffnen. Der verneinende Bescheid hatte dann genügt, um jede fernere Aktion im Interesse des Bimetallismus als aussichtslos aufzugeben.

Formell waren die Bimetallisten im Recht, als sie diese Art der Fragestellung seitens des Grafen Hatzfeldt bemängelten, aber thatsächlich ließ sich gegen die Schlußfolgerung Hohenlohes nichts Triftiges einwenden. Denn so lange die indischen Münzen geschlossen bleiben, ist von England irgend ein Vorgehen im Sinne der Silberwährungsfreunde nicht zu erwarten. Leider war das Verhalten des Reichskanzlers nicht dazu angethan, den Illusionen völlig ein Ende zu machen, in denen sich die Herren v. Kardorff, Graf Mirbach und Genossen gefallen. Wenn auch Fürst Hohenlohe de facto zugab, daß die Bimetallisten für die nächste Zukunft nichts zu hoffen hätten, so ließ doch die Form seiner vorsichtigen Redewendungen noch manche Einbildung bestehen, die mit Stumpf und Stiel gleich auszurotten sicherlich viel praktischer gewesen sein würde.

Die Verhandlungen mit dem Kabinet von St. James, die ein für die Bimetallisten so ungünstiges Ergebniß geliefert, fielen gerade mit den diplomatischen Besprechungen zusammen, die aus Anlaß der Transvaalfrage zwischen Berlin und London gepflogen werden mußten. Ein vom Auswärtigen Amt dem deutschen Reichstage unterbreitetes Weißbuch bot der Volksvertretung das nöthige Material, um die Haltung der Reichsregierung in dieser Angelegenheit vorurtheilsfrei zu beurtheilen. Freiherr v. Marschall ergänzte die Angaben der diplomatischen Aktenstücke durch eine eingehende Erklärung im Parlament, die seitens der Abgeordneten aller Parteien, die Sozialdemokraten einbegriffen, einmüthige Anerkennung fand. Das Ausland im Allgemeinen und Großbritannien im Besonderen konnte aus dieser Kundgebung ersehen, wie sehr die deutsche Reichsregierung von dem Vertrauen der gesammten Nation getragen wurde, als sie sich entschlossen zeigte, die verbrieften Rechte Deutschlands in Transvaal dem Piratenzuge eines Dr. Jameson gegenüber unverkürzt aufrecht zu erhalten.

Aber noch wichtiger, scheint es, war die von Herrn v. Marschall geschickt benutzte Möglichkeit, vor ganz Europa zu erklären, daß wir niemals ein Protektorat politischer oder auch nur moralischer Natur über die Südafrikanische Republik angestrebt, und daß wir niemals mit Portugal Unterhandlungen über eine deutsche militärische Intervention in Johannesburg gepflogen haben; denn die erbetene Ermächtigung, fünfzig Mann von der Besatzung des „Seeadler“ in der Delagoabai landen zu lassen, um sie zum Schutz des Konsulats eventuell nach Johannesburg expediren zu können, ist doch sicherlich nicht als die Vorbereitung einer Intervention mit bewaffneter Hand zu bezeichnen. Die ebenso energische wie verbindliche Art der Auslassungen unseres Ministers für die auswärtigen Angelegenheiten enthielt, gerade in ihrer Schlichtheit und Deutlichkeit, mehr als eine bittere Pille für das Ministerium Salisbury-Chamberlain, dessen Mitglieder in zahlreichen Zeitschreiben alle die durch Herrn v. Marschall so erfolgreichlos zerfetzten Legenden hatten in Umlauf sehen helfen.

Die englische Thronrede bei der Parlamentseröffnung gab einem unscheinbaren Passus des Räthsels Lösung. Das Kabinet der vereinigten Tories und Unionisten kündigte eine Anforderung für Kriegsmarinezwecke von ziemlich bedeutendem Umfange an. Für diese Vorlage war die öffentliche Meinung vorzubereiten und zu gewinnen. Das aber konnte am besten gelingen, wenn man die Jingo-Fiber kräftig reizte, ein Rezept, das ja auch Fürst Bismarck gelegentlich zu ähnlichen Zwecken in Anwendung zu bringen verstand. Freilich war Bismarck bei solchen Unternehmungen viel vorsichtiger als seine britischen Nachtreter, die das Sprichwort „Lügen haben lange Beine“ nicht zu kennen scheinen. Im Unterhause, wo auch die whiggistische Opposition natürlich nicht genirte, die Marschallschen Ausführungen gegen das Kabinet zu verwerten, hatten die Minister ersichtlich große Mühe, für ihre Entgleisungen auf der Wahrheitsbahn möglichst anständige Entschuldigungen zu finden, und Herr Chamberlain hat dabei in den Augen der öffentlichen Meinung Europas nicht wenig von dem Heiligenschein eines wirklichen Staatsmannes eingebüßt, der bisher sein Ministerhaupt bengalisch umstrahlte.

Lord Salisbury ergeht es nicht viel besser. Der Jingoismus, den er in der Transvaalfrage entfesseln half, nachdem er ihn in der venezolanischen und armenischen Angelegenheit hatte ansachen lassen, ist nirgends auf seine Rechnung gekommen. Namentlich der Pforte gegenüber mußte der britische Ministerpräsident seine gänzliche Niederlage offen eingestehen. Alle Versuche der englischen Politik, die Mächte zu einem bewaffneten Einschreiten in Armenien zu bewegen, scheiterten an der Unlust Rußlands, sich im Schlepptau Großbritanniens gegen die Türkei ausspielen zu lassen. Diese Zurückhaltung der Petersburger Regierung trug ihr denn auch bereits die saftigsten Früchte. Der Sultan ersah plötzlich in dem Zaren seinen freundwilligsten Gönner und ergab sich dem nordischen Retter aus allerhand diplomatischen wie anderen Nöthen nahezu auf Gnade und Ungnade. Fürst Lobanow hatte deshalb auch nicht nöthig, ein Schutz- und Trutzbündniß mit der Pforte abzuschließen, da alles, was von Petersburg aus verlangt wurde oder gewünscht werden konnte, ohnehin am goldenen Horn auf den ersten Wink sicher war, Erfüllung zu finden.

Die russische Diplomatie heimste damit Erfolge ein, die ihr zum guten Theil die britische Politik, ohne es zu wollen, durch ihr barbarisches Ungeschick vorbereitet hatte. Solche Glückszufälle beschränkten sich für das Petersburger Kabinet nicht auf den steigenden Einfluß in Konstantinopel, sondern sie dehnten sich über das ganze weite Balkangebiet aus. Dies kam vor allem in Bulgarien greifbar zur Erscheinung, wo Fürst Ferdinand zwar noch als Vasall des Sultans, aber doch schon als Herrscher von des Zaren Gnaden thront. Die Umtaufe des Kronprinzen Boris hat für den Koburger die Sachlage mit einem Schlage geändert. Während der Papst ihn verdammt, öffnen sich ihm alle Herrlichkeiten orientalischer Volksverehrung. Auf wie lange, ist freilich eine andere Frage. Aber wie durch Zauberei sind für den Augenblick alle Schwierigkeiten verschwunden, denen Ferdinand noch vor wenig Wochen zu erliegen drohte, und selten wohl hat der aus Berechnung inszenirte Glaubenswechsel eines unmündigen Kindes sich dem Urheber so schnell und so reich gelohnt. Zwar sein Familienglück ging darüber in Trümmer. Ferdinands Gattin, Marie Louise von Parma, verließ ihn mit ihrem zweiten Knaben, und ihre Rückkehr steht kaum so bald zu erwarten; dafür aber jauchzt ihm die weltentwendische Bevölkerung von Sofia zu und ruft ihm mit derselben Lungenkraft ihr Hosiannah, mit der sie gelegentlich wieder ihr „Kreuziget ihn!“ ihm entgegenbrüllen wird.

Wie sich Oesterreich aber nun zu dem freiwilligen Abhängigkeitsverhältniß zu stellen gedenkt, in das sich Bulgarien Rußland gegenüber begeben, ist noch nicht aufgeklärt. Vorläufig macht Graf Goluchowski mit möglichstem Anstand gute Miene zum bösen Spiele. Seitdem der Sultan auf einen Wink von der Newa die Anerkennung Ferdinands in Anregung gebracht, sind alle Hindernisse wie weggeblasen, die sich diesem diplomatischen Akte bisher entgegenstemmten. Alle Großmächte ohne Ausnahme habe der türkischen Anregung Folge geleistet, und von dem ostrumelischen Problem hat sich jedes Kabinet gehütet, auch nur ein Sterbenswörtchen zu sprechen. Man will die Schwierigkeiten nicht sehen, und so sind sie für die Diplomatie scheinbar nicht vorhanden. Das hindert weiterblickende Staatsmänner nicht, schon jetzt zu erkennen, daß in der Konversion des Prinzen Boris die Keime künftiger Verwickelungen liegen, die durch optimistische Redensarten nicht aus der Welt zu schaffen sind.

Daß man in Wien und Rom dies erkennt, steht außer Zweifel, und wir dürfen sicher sein, daß, wenn man in Italien und Oesterreich jemals an der Nützlichkeit des Dreibundes gezweifelt haben sollte, diese Zweifel nun der Empfindung von der Unentbehrlichkeit des mitteleuropäischen Friedensbollwerks Platz gemacht haben. Deutschland erscheint in der Hofburg und im Quirinal schwerlich mehr als anschlußsuchender Staat, und unsere Staatsmänner sind durch die russischen Erfolge auf dem Balkan in die angenehme Lage gekommen, daß man die Erneuerung des Dreibundes, wenn sie in Frage kommt, nicht als ein Zugeständniß mehr auffaßt, das man dem deutschen Reiche zum Schutze des status quo im allgemeinen Friedensinteresse mache.

Auch in Frankreich wird man den Wechsel nicht verkennen, den die Stellung Deutschlands auf solche Art zu unserem Vortheil erfuhr. Wenn auch die Republik in auswärtigen Fragen — unter dem radikalen Ministerium wie unter dessen Vorgängern — lediglich im Fahrwasser Rußlands einherdampft, so bleibt es doch ganz gut, daß man in Paris erkennt, wie Deutschland jetzt als Geduldet vor seinen Verbündeten steht. Auch die Nachfolger des Ministeriums Bourgeois, das anfängt, hippokratische Züge zu zeigen, werden sich dieser Erkenntniß nicht zu verschließen vermögen. Ob die Radikalen sich noch lange am Ruder zu halten im Stande sind, erscheint trotz des jüngsten Vertrauensvotums, das sie der Kammer entrissen, sehr fraglich. Die Kriegserklärung des Senats, die sich gegen den korruptionsfeindlichen Justizminister Ricard ebenso sehr richtet wie gegen den Kabinetschef selber, wäre an sich vielleicht noch nicht dazu angethan, des Ministeriums Stellung unhaltbar zu machen, wenn nicht auch die Kammer nur knirschend das Joch erträge, in das man sie schlägt, indem man der Mehrheit durch die zahlreichen „Affären“, die sie tugendhafterweise nicht durchkreuzen darf, Zaum und Zügel anlegt. Aber nun kommt die Enthüllung, daß nicht nur der Justizminister Ricard gegen die juristische Prozedur verstoßende Willkürakte im Interesse der von ihm eingeleiteten Untersuchungen vollzog, sondern daß auch der Unterrichtsminister Combes durch einen Brief nahezu erpresserischen Inhalts, den die Gegner veröffentlichten, stark bloßgestellt erscheint. Herr Bourgeois wird da entweder diese beiden kompromittirten und kompromittirenden Genossen abschütteln und verleugnen oder das ganze radikale Ministerium der Freundschaft zum Opfer bringen müssen. Im ersten Falle wäre eine Rekonstruktion des Kabinets denkbar, im letzten Falle hätten die Opportunisten Gelegenheit, wieder ans Ruder zu kommen und dann jene Tugend der Versuchung auf breitester Grundlage zu üben, die viele Leute in Frankreich jetzt als herrlichste Staatsweisheit preisen.

---

* Der **Reichstag** beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung fünf Stunden lang, bevor er das Gehalt des Kriegsministers bewilligte, mit allerhand **Beschwerden** über die **Militärverwaltung.** Die Debatte wurde wieder durch den Abgeordneten Bebel begonnen, dessen Unermüdlichkeit es gelang, um seine Worte zu gebrauchen, „die Herren von den bürgerlichen Parteien aus ihrer Reserve herauszuholen“. Mit Recht wies er darauf hin, daß das, was er vorbringe, sich nicht auf sozialdemokratische Forderungen beziehe, sondern Mißstände betreffe, die abzustellen jede Partei sich bemühen sollte. Ihm sekundirte sein Fraktionskollege Stadthagen, der mit seinem Auftreten wenig Erfolge erzielt und sicher Herrn Bebel mehr geschadet als genützt hätte, wenn der Kriegsminister, der gestern keinen sehr glücklichen Tag hatte, nicht durch die Art seiner Polemik (er verzichtete einfach auf eine Widerlegung der von Bebel aufgestellten Behauptungen) auch Mitglieder bürgerlicher Parteien zum Reden geradezu herausgefordert hätte. Abgeordneter Lieber vom Centrum gab nicht undeutlich zu verstehen, daß er es für eine Pflicht des Ministers halte, auf die Angaben Bebels einzugehen, eines Mannes, der nach seinem ganzen Verhalten in und außer dem Hause Anspruch darauf habe, völlig ernst genommen zu werden. Lieber sprach sich scharf gegen Soldatenmißhandlungen und auch gegen das Duell aus, für das Graf Roon von der konservativen Partei eine Lanze gebrochen hatte. Dieser merkwürdige Vorkämpfer für Gottesfurcht und Sitte tritt für das Duell ein, das, wie er selbst zugiebt, gegen Gottes Gebot verstößt, und will dabei christlichen Sinn durch den „christlichen Verein junger Männer“ in Berlin verbreiten, — ein schlechter Lehrer der Jugend, wie ihm der Abgeordnete Haußmann mit Recht entgegen hielt. Außerdem machte der konservative Abgeordnete, der von der Bedeutung und der Rednergabe des Kriegsministers v. Roon auch nichts geerbt hat, dem Grolle der Konservativen über die zweijährige Dienstzeit Luft und forderte ganz ohne Umschweife Rückkehr zur alten Organisation! Indeß wird dieser Abgeordnete nach seinen Leistungen im Reichstage nicht erwarten dürfen, daß man ihn als Autorität betrachtet. Der Kriegsminister, der die Rede des Abgeordneten Lieber damit abthun zu können glaubte, daß er behauptete, das Centrum stehe nur zum Theil hinter jenem Redner, mußte sich durch den Abgeordneten Spahn desavouiren lassen und wurde auch noch sonst genöthigt, mehrere Male das Wort zu ergreifen. Abgeordneter Haußmann von der süddeutschen Volkspartei brachte verschiedene Beschwerden vor und forderte vor allem baldige Reform der Militärstrafprozeßordnung. Herr v. Bronsart konnte aber leider seinen Erklärungen aus der ersten Etatsberathung nichts Neues hinzufügen, so daß sich sogar der Führer der Nationalliberalen, Herr v. Bennigsen, veranlaßt sah, im Namen seiner Partei den Wunsch nach baldiger Vorlegung der neuen Militärstrafprozeßordnung zu unterstützen. Aber sie scheint schlechterdings nur eine fata morgana zu sein, wie Bebel sich ausdrückte oder in seiner letzten Rede sich sehr geschickt gegen den Vorwurf vertheidigte, daß er die Armee nur beschimpfen und herunterseßen wolle. Und in der That muß ein unbefangener Beurtheiler des Bebelschen Auftretens zugeben, daß es ihm nur um die Sache zu thun ist, und daß er, immer mehr von utopischen Vorschlägen und Ideen sich entfernend, rein sachlich Mißstände — bestehende oder eingebildete — kritisirt. Darin auch nur beruht seine und seiner sozialdemokratischen Fraktionsgenossen große Stärke, und wenn man erst einmal damit beginnen wird, die sozialdemokratische Agitation grundsätzlich durch Abstellung aller Mißstände und Beobachtung strikteste Gerechtigkeit zu bekämpfen, statt ihr mit schwächlichen Phrasen entgegenzutreten, wie Graf Roon und der unvermeidliche „Duellpfaffe Schall“, wie er sich selbst ironisch bezeichnet, so wird man auch wirkliche Erfolge erzielen. Die Sozialdemokraten werden noch sachlicher werden, wenn nicht jedes Wort der Kritik an militärischen Verhältnissen als schändliche Herabsetzung der ganzen Armee betrachtet und bezeichnet wird. Bebel selbst hat gestern gesagt, daß er die Armee als solche nicht angreifen will, und wenn er etwas erklärt, so glaubt man ihm das im Reichstage, — ausgenommen natürlich einige Herren nach Art des Grafen Roon, auf die es aber allen sachlich Verhandelnden nicht ankommen kann.

---

* **Aus dem Abgeordnetenhause.** Der Etat für Bergbau, Hütten und Salinen stand gestern zur Berathung. Eigentliche auf die Verwaltung bezügliche Fragen wurden nur hier und da gestreift, namentlich wurden die unzulänglichen Gehälter einzelner Beamtenklassen des Ressorts von den Abgeordneten Schmieding und Gothein zur Sprache

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle“ Nr. 7.